

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M. monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M. einjährig 100.- M. ...

VORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97

Donnerstag, den 4. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Der Kollektivschritt erfolgt.

Berlin, 3. August. (WZB.) Die Angelegenheit des Truppentransportes nach Oberschlesien hat nunmehr ihre Erledigung gefunden. Heute mittag erschienen bei dem Reichsminister des Auswärtigen der französische Botschafter, der englische Botschafter und der italienische Geschäftsträger ...

Berlin, 3. August. Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Geschäftsträger Italiens beechen sich im Auftrage ihrer Regierungen, die deutsche Regierung zu eruchen, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblick nötig machen könnte.

Es wurde mündlich noch hinzugefügt, daß es sich hierbei nicht um ein Ersuchen handele, schon jetzt Truppen zu befördern, sondern um die grundsätzliche Bereitschaft der deutschen Regierung, dies auf eine spezielle Aufforderung der drei Mächte hin zu tun.

Der Reichsminister des Auswärtigen antwortete, daß dieses Verlangen dem seitens der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkte entspreche. Er erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit dem Reichsverkehrsminister in Verbindung zu treten.

Zur Vorgeschichte des Schrittes.

Berlin, 3. August. (WZB.) Nachdem inzwischen in der Angelegenheit der Truppenbeförderung nach Oberschlesien in der ausländischen Presse Mitteilungen erschienen sind, welche die Zwischenverhandlungen betreffen, und nachdem der Wortlaut eines Briefes veröffentlicht wurde, den der Reichsminister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in Berlin gerichtet hatte, sei nochmals im Zusammenhang auf die Entwicklung hingewiesen, welche die Frage des Truppentransportes nach Oberschlesien genommen hat.

Bei der Uebergabe der französischen Note vom 16. Juli erhob der französische Botschafter neben anderen Forderungen auch die Forderung, Deutschland solle unverzüglich alle Vorkehrungen treffen, um den Durchtransport einer neuen französischen Division nach Oberschlesien zu fördern. Ehe die deutsche Regierung die französische Note beantwortet hatte, wurde der französische Botschafter am 23. Juli bei dem Minister Rosen erneut vorstellig und verlangte, die deutsche Regierung solle bis zu demselben Abend erklären, ob sie der Forderung bezüglich des Truppentransportes nachkommen wolle. Am Abend des gleichen Tages überreichte die deutsche Regierung zusammen mit der Antwort auf die französische Note vom 16. Juli ein Antwortschreiben des Reichsministers des Auswärtigen, dessen Inhalt der Öffentlichkeit bereits bekannt ist. In diesem Schreiben stellte sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt, daß sie bereit sei, den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in jeder Weise nachzukommen, daß sie jedoch zunächst um Mitteilung darüber bitten müsse, ob das Ersuchen der französischen Regierung in diesem Falle im Namen der drei Okkupationsmächte gestellt sei. Am folgenden Tage nach Kenntnisnahme dieses Briefes erschien der französische Botschafter beim Reichskanzler, der ihn in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen empfing. Herr Laurent erklärte, daß die in dem Brief des Ministers des Auswärtigen gegebene Antwort nicht genüge und verlangte nochmals eine Erklärung der deutschen Regierung, ob sie auf Ersuchen der französischen Regierung französische Verstärkungen nach Oberschlesien zu befördern bereit sei. Hierauf wurde dem französischen Botschafter unter dem 29. v. Mts. eine schriftliche Antwort erteilt, in dieser erklärte die deutsche Regierung, sie habe es im Hinblick auf die große Verantwortung, welche sie mit ihrer Antwort auf die Forderung der französischen Regierung übernehme, für ihre Pflicht gehalten, ihrerseits bei den beteiligten Regierungen anzufragen, ob auch diese den Truppentransport nach Oberschlesien verlangen. Die deutsche Regierung machte in diesem Schreiben darauf aufmerksam, daß sie diesen Schritt als ein besonderes Zeichen ihrer absoluten Loyalität den Regierungen gegenüber betrachte, welche in Oberschlesien die Okkupationsmacht ausüben und knüpfte hierauf die Hoffnung, daß die französische Regierung die Notwendigkeit, von denen die deutsche Regierung sich in dieser Frage hatte leiten lassen, verstehen und würdigen werde.

Da inzwischen die Ansicht ausgesprochen worden war, daß die Entsendung der britischen Verstärkungen nach Oberschlesien im Mai d. J. einen Präzedenzfall für die französische Forderung darstelle, lenkte die deutsche Regierung gleichzeitig die Aufmerksamkeit auf die deutsche Note vom 5. Mai d. J., aus der sich zweifelsfrei ergibt, daß die Entsendung der britischen Verstärkungen nach Oberschlesien bei allen beteiligten alliierten Regierungen als gemeinsamer Schritt derselben von der deutschen Regierung beantragt worden sei.

In den auf dieses Schreiben folgenden Tagen wurde der deutschen Regierung bekannt, daß die Frage des Truppentransportes auf der demnächst stattfindenden Tagung des Obersten Rates behandelt und entschieden werden solle. Sie richtete deswegen an den französischen Botschafter ein weiteres Schreiben, in dem sie erneut erklärte, daß sie im Einklang mit ihrer Auffassung über den Truppentransport die Entscheidung des Obersten Rates anerkennen werde. Auf diese letzte Mitteilung des deutschen Standpunktes erfolgte der oben bekanntgegebene Schritt der alliierten Regierungen, durch den die Angelegenheit nunmehr ihre Erledigung gefunden hat.

Frankreichs Hartnäckigkeit.

Basel, 3. August. (EP.) Wie den „Basler Nachrichten“ aus Paris gemeldet wird, wird über die Verhandlungen der Sachverständigen-Konferenz bezüglich Oberschlesien strengste Stillschweigen bewahrt, doch verlautete Indiskretionen besagen, daß die französischen Sachverständigen, nachdem sie am Montag die Korfanty-Linie verteidigt (!) haben, am Dienstag im großen und ganzen auf die erste Sforza-Linie eingehen wollten, falls die Bezirke Gleiwitz und Hindenburg zum polnischen Besitz zugeschlagen würden. Die Tatsache, daß die Sforza-Linie oder eine ähnliche von Frankreichs Seite als nicht diskutierbar angenommen werde, begegnet heftiger Ablehnung von englischer und italienischer Seite, die dieser Linie nur dokumentierte Werte zuerkennen und Polen die Bezirke Pleß und Rybnik zuteilen wollen.

Die I.A.K. gegen den Polenterror.

Breslau, 3. August. (WZB.) Die Interalliierte Kommission sieht sich auf Grund des zunehmenden Terrors der Polen, besonders der Gewalttätigkeiten gegenüber Arbeitern, endlich veranlaßt, im Interesse des Arbeitslebens folgendes anzuordnen: Auf den Gruben und Werken im oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenbezirk ist es in letzter Zeit wiederholt zu Drohungen und Ausschreitungen gegen einzelne Beamte und Andersdenkende gekommen. Dieser Zustand hat häufig bedauerliche Differenzen, welche die Arbeitsmöglichkeit auf das empfindlichste stören. Für zukünftige Beleidigungen und Körperverletzungen müssen schwere Gefängnisstrafen verhängt werden, sobald einzelne Fälle zur Anzeige gelangen. Man wird es begreiflich finden, daß im Interesse des oberschlesischen Wirtschaftslebens alle Differenzen und Zwistigkeiten auf alle Fälle verhindert werden müssen.

Hilferuf der Moskauer Internationale.

London, 3. August. (WZB.) „Daily Herald“ veröffentlicht an hervorragender Stelle einen dem Blatt drahtlos übermittelten Aufruf des Vollzugsausschusses der Dritten Internationale an die Arbeiter der Welt, in der diese um ihre Unterstützung bei der großen Hungersnot in Rußland gebeten werden. In dem Aufruf heißt es: Sowjetrußland sei von einer großnationalen Katastrophe heimgesucht. Zwanzig Millionen Menschen seien vom Hungertode bedroht, nicht nur dieses Jahr, sondern auch nächstes Jahr. Infolge des Hungers müßten krankhaften die geschwächten Menschen nieder. Alle diese Schläge fielen auf Sowjetrußland in einem Augenblick, wo es erschöpft und so gut wie ruiniert sei. Die kapitalistischen Staaten und Regierungen, so heißt es in dem Aufruf weiter, werden jetzt versuchen, die Hungersnot in Rußland dazu zu benutzen, um ihre Angriffe auf Sowjetrußland unter der Maske der Wohltätigkeit zu reorganisieren.

Tad deutsche Hilfskomitee.

In der im Landeshaus der Provinz Brandenburg am gestrigen Vormittag abgehaltenen Sitzung zur Besprechung der Hilfsaktion für Sowjet-Rußland, über die wir in unserer gestrigen Abendausgabe ausführlich berichteten, wurde ein Präsidialausschuß gebildet, dem vorläufig folgende Persönlichkeiten beigetreten sind: der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor v. Winterfeldt; der Präsident des Reichsgesundheitsamts, Geheimrat v. Bumm; der Präsident der Berliner Handelskammer Franz v. Mendelssohn; der Vizepräsident der Handelskammer, Conrad v. Borßig; der Rektor der Universität, Geheimrat Dr. Kernst; Geheimrat Prof. Dr. Czerny; als Vertreter politischer Parteien die Abg. Prof. Dr. Hoehsch, Georg Streiter, Bartels, Dr. Moses; die Bankdirektoren Salomonsohn und Wassermann; Bankier E. L. Friedmann; Herr Gustav Windscheid.

Der Präsidialausschuß wird im wesentlichen mit der Geschäftsführung des Deutschen Roten Kreuzes Hand in Hand arbeiten. Es sollen für die einzelnen Gebiete (Finanzen, Hygiene u. a.) besondere Kommissionen gebildet werden.

Folgen der Rückständigkeit.

Moskau, 30. Juli. (DE.) Die Moskauer „Iswestija“ weisen auf die Schwierigkeiten hin, die für den Kampf mit der Cholera aus der Finsternis und dem Mißtrauen der Volksmassen entstehen. Infolgedessen können die angeordneten Schutzimpfungen nur in den größeren Städten vorgenommen werden. Die Provinzpresse bringt zahlreiche Mitteilungen über die unfähigsten Gerichte in bezug auf die Cholera. So heißt es im Kreise Telez, daß an den Folgen der Schutzimpfung 25 Proz. der Geimpften sterben und daß die Sowjetregierung, um der Cholera ein Ende zu machen, die Vergiftung der Cholera-Erkrankten durch ein Gift verfügt habe. Dagegen glaubt die Bevölkerung im Kreise Lewny, daß es überhaupt keine Cholera gäbe und daß die Erkrankungen und Todesfälle lediglich eine Folge der Unterernährung seien. Das Sanitätspersonal stößt auf Mißtrauen und offene Feindschaft; die Bauern eines Dorfes haben in einer Resolution verlangt, daß das Cholera-Cazarett in ihrem Dorfe sofort geschlossen werde.

Französisch-Oberschlesien?

Von seinem oberschlesischen Berichterstatter erhält der liberale „Manchester Guardian“ eine Depesche, die das oberschlesische Problem in eine ganz neue Beleuchtung rückt und geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen. Der Korrespondent, der sich bekanntlich zumeist als ausgezeichnet informiert erwiesen hat, formuliert zunächst den Gegensatz zwischen dem englischen und dem französischen Oberschlesienvorschlag folgendermaßen: Der englische Vorschlag wolle Pleß und Rybnik an Polen, die nördlichen und westlichen Kreise an Deutschland geben, während das Industriegebiet noch für unbestimmte Frist unter alliierter Kontrolle bleiben soll. Der französische Vorschlag wolle Oberschlesien ungefähr in der Art des Saarreviers neutralisieren, er enthalte sehr gefährliche Möglichkeiten, so daß für Besorgnisse in Berlin mehr Berechtigung bestehe, als Berlin selbst ahne.

Der Korrespondent stellt auf Grund seiner Informationen fest, daß die frühere Uebereinstimmung zwischen Frankreich und Polen im Schwinden sei. Nach Mitteilungen, die er von einer hohen und völlig zuverlässigen Persönlichkeit erhalten hat und die aus einer der ausländischen Gesandtschaften in Paris stammen, hat vor etwa acht Tagen Briand einem Vertreter der polnischen Regierung in Paris den Standpunkt der französischen Regierung ungefähr in folgender Weise dargelegt:

Berfolgt Frankreich eine polenfreundliche Politik in der kommenden Sitzung des Obersten Rates, so wird es isoliert. Wenn es aber versucht, andere der alliierten Mächte für sich zu gewinnen, so wird es an London, an Rom und vielleicht sogar (!) an Brüssel Konzessionen machen müssen. Etwas Konzessionen könnten aber nur von solcher Art sein, daß sie Briands Kabinett untergraben oder sogar stürzen würden. Auch wird die Frage der Konzessionen dadurch kompliziert, daß die griechischen Siege Englands Stellung in Kleinasien gestärkt und Frankreichs Stellung geschwächt haben. Frankreich hat in der Tat nicht die Macht, eine antienglische Politik in Oberschlesien einzuleiten. Es kann wegen Polen keinen Bruch mit England wagen. Der Vertrag von Versailles ist der Sieg Frankreichs gewesen, ein Bruch mit England würde aber diesen Sieg zunichte machen. Würde man jedoch Oberschlesien neutralisieren, dann würden Frankreichs Interessen auf dem europäischen Festland eher gewinnen als verlieren. Frankreich wäre dann in der Lage, eine starke reguläre Armee in Oberschlesien zu halten. Eine solche Armee auf einem mit Deutschland und Polen benachbarten Gebiet zu halten, wäre für Frankreich im Falle eines russisch-polnischen Krieges sowohl wie im Falle erster Verwicklungen zwischen Frankreich und Deutschland von größtem Wert. Polen würde ebenfalls gewinnen, denn die Anwesenheit französischer Truppen in Oberschlesien wäre eine wirksame Gewähr für die Sicherheit Polens. Diese Gewähr würde es Frankreich gleichzeitig ermöglichen, seine Militärmissionen in Warschau abzubauen, wodurch die polnischen Finanzen beträchtlich entlastet würden, die sich zurzeit in einem solchen Zustand der Zerrüttung befinden, daß sie die Bedürfnisse der Mission nicht länger befriedigen können.

Daß in der französisch-polnischen Ehe die Flitterwochen längst vorbei sind, war auch uns seit längerer Zeit nicht mehr ganz unbekannt. Es schien uns aber nicht möglich, viel Aufhebens davon zu machen, da die französische Presse in solchen Fällen immer gleich mit der Beschuldigung bei der Hand ist, wir wollten boshafterweise das stille Glück der Verbündeten stören. Frankreich kann die Wünsche Polens nicht befriedigen, nicht nur weil es Widerstände bei seinen westlichen Verbündeten findet, sondern weil es eben auch nicht imstande ist, Mond und Sterne vom Himmel zu holen, Polen aber mit weniger nicht zufriedenzustellen ist.

Auf der anderen Seite hat aber auch Polen begründete Beschwerden gegen Frankreich. Das französische Protektorat ist ihm nicht gut bekommen, es hat seinen Markt mit Pariser Luxuswaren überschwemmt, Heeresgut zu ungeheuren Preisen, die allerdings noch nicht bezahlt sind, übernehmen müssen, es leidet schwer unter seinen allgemeinen militärischen Lasten.

Der französische Vorschlag will nun die militärischen Lasten Polens erleichtern, indem er Oberschlesien zu einer französischen Militär- und Wirtschaftsprövinz macht. Wie der Westen, so soll auch der Osten Deutschlands unter dauernde französische Befehung gestellt werden. Es scheint, daß dieser Plan in Polen selbst nicht das erwünschte Verständnis gefunden hat, denn so weit geht dort die Bundesfreundschaft nicht, daß man ein französisches Oberschlesien als Ersatz für das polnische Oberschlesien in Kauf nehmen möchte. Auch von der dauernden militärischen Grenzbarschaft Frankreichs ist man dort vielleicht nicht in dem Maße erbaut, wie man in Paris annimmt.

Der französische Neutralisierungsvorschlag wird außerhalb gewisser Kreise, die den französischen Imperialismus in seiner Reinkultur repräsentieren, wenig Gegenliebe finden. Formalrechtlich ist zu ihm zu bemerken, daß er zweifellos eine Abänderung des Friedensvertrages darstellt, die ohne die Zustimmung der übrigen Vertragsteilnehmer, insbesondere auch Deutschlands, nicht durchführbar ist. Hätte der Oberste Rat Neigung, auf die französischen Vorschläge einzugehen und wäre er zugleich nicht etwa gewillt, den Friedensvertrag als einen

bloßen Fejen Papier zu behandeln, so wäre die Einberufung einer Oberschlesienkonferenz unter Teilnahme Deutschlands zur Abänderung der einschlägigen Artikel unermesslich. Indes ist, wie schon gesagt, die Wahrscheinlichkeit, daß der französische Vorschlag vom Obersten Rat angenommen wird, sehr gering, sie ist jedenfalls noch geringer geworden durch die rechtzeitigen Enthüllungen des „Manchester Guardian“.

Von hier aus erscheint auch das französische Verlangen, ohne Zustimmung seiner Verbündeten Truppen in beliebiger Anzahl durch Deutschland nach Oberschlesien transportieren zu dürfen, in einem ganz neuen Licht.

Es ist auf alle Fälle gut, daß daraus nichts geworden ist!

Arbeiter in der Laienjustiz!

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Reichsjustizminister an die Regierungen der Länder ein Schreiben ergahen lassen, in dem diese darauf hingewiesen werden, mehr als bisher Arbeiter in die Laienjustiz zu entsenden. Dies sei notwendig, damit das Gefühl einer Zurücksetzung verschwinde und damit die Bevölkerung mehr als bisher Einblick in die Strafrechtspflege und Interesse an ihr gewinne. Auch werde das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegenüber der Rechtsprechung in Strafsachen und der Strafvollstreckung verschwinden, je mehr sie selbst an der Justiz beteiligt sei. Schließlich werde es der Tätigkeit der Strafgerichte selbst zu wesentlichem Nutzen gereichen, wenn Angehörige der Arbeiterschaft in den Strafgerichten die Gesichtspunkte zur Geltung bringen, von denen aus die Arbeiterschaft die Geschehnisse des täglichen Lebens betrachte.

Aus diesen Gründen hat der Reichsminister der Justiz empfohlen, die Staatsverwaltungsbeamten, die dem Ausschuss für die Wahl der Schöffen und Geschworenen angehören, dahin mit Weisung zu versehen, daß sie im Ausschuss für eine weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterschaft eintreten. Ferner hat er den Landesregierungen anheimgestellt, im Hinblick auf die Wahl der Geschworenen durch das Landgericht den Präsidenten der Landgerichte von den Gründen Kenntnis zu geben, die für eine weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterschaft sprechen.

Dieser Erlaß des Reichsjustizministers ist auf das lebhafteste zu begrüßen und wird auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Befriedigung auslösen. Wir möchten allerdings in diesem Zusammenhange warnen, daß die Gerichte sich einer Illusion hingeben: auch die noch so zahlreiche Heranziehung der Arbeiterschaft zur Rechtsprechung wird die Abneigung nicht beseitigen, die in der Arbeiterklasse gegen die Justiz in ihrer heutigen Form besteht. Wenn jedoch die schon lange angekündigte Reform des Strafrechts und des Strafprozesses die durch die Revolution um so notwendiger gewordenen sozialen Gesichtspunkte berücksichtigt, so wird hierdurch allerdings ein Ausführungsprozess zwischen Arbeiterklasse und Rechtsprechung stattfinden, der in dem gleichen Tempo vor sich gehen wird wie der Refundationsprozess der Justiz.

Der neue Chef der Reichskanzlei.

Berlin, 3. August. (WZB.) Der Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Geheimen Regierungsrat Dr. Heinrich Hemmer, ist zum Staatssekretär in der Reichskanzlei ernannt. Seit dem Rücktritt des Kabinetts Lehmann, in dem der Staatssekretär Albert den Posten des Chefs der Reichskanzlei inne hatte, war diese wichtige Stelle unbefüllt geblieben. Dr. Hemmer war in den zwei ersten Revolutionsjahren die rechte Hand Erzbergers, zuerst in der Waffensstillstandskommission, sodann im Reichsfinanzministerium. Nach dem Rücktritt Erzbergers und der Übernahme seines

Portefeuilles durch den jetzigen Reichskanzler Wirth befiel Dr. Hemmer auch beim neuen Finanzminister seine Vertrauensstellung. Seine Ernennung zum Staatssekretär in der Reichskanzlei war, trotz seines verhältnismäßig jungen Alters, in unterrichteten Kreisen allgemein erwartet und wird in den linksstehenden politischen Kreisen begrüßt werden. Dr. Hemmer ist Mitglied der Zentrumspartei.

Freispruch im Frankfurter Prozeß.

Frankfurt a. M., 3. August. (ZM.) In vorgeschickter Nachmittagsstunde wurde heute das Urteil in dem Frankfurter Kommunisten-Prozeß verkündet. Es lautet gegen sämtliche Angeklagten auf Freispruch. Das Urteil wurde mit großer Bewegung aufgenommen.

Haussuchung in der KPD-Zentrale.

Gestern nachmittag fand in der Zentrale der KPD in der Rosenthaler Str. 38 eine Haussuchung statt. Den Anlaß hierzu gaben mehrere dem Berliner Polizeipräsidium zugegangene Mitteilungen des Inhalts, daß an genau bezeichneten Stellen des Hauses Waffen versteckt seien. Beamte der Abteilung 1a des Polizeipräsidiums nahmen daraufhin sofort eine Durchsuchung des Hauses vor. Waffen wurden nicht gefunden. Man entdeckte aber bei der Durchsuchung zahlreiches, die Zentrale der KPD betragendes Material, u. a. amtliche Stempel, amtliche Klischees und amtliche Vorbrüche, die zur Beschaffung von falschen Ausweisen dienen. Das Material wurde beschlagnahmt und zum Gegenstand eines Strafverfahrens gemacht.

Wie eine Berliner Korrespondenz ergänzend zu dieser Mitteilung meldet, protestierten die Angestellten der KPD-Zentrale gegen die Haussuchung und weigerten sich, Schränke und Schreibtische zu öffnen, so daß die Beamten einige Behälter gewaltsam öffnen. Die kommunistischen Abgeordneten Eberlein, Rathahn, Höllein und Kemmle wurden telephonisch herbeigerufen und verlangten, unter Berufung auf ihre Immunität, daß ihre Schränke und Schreibtische unangehört blieben. Die Mitglieder der Zentrale der KPD erklärten den Beamten, daß sie mit den aufgefundenen Formularen nichts zu tun hätten, daß vielmehr die Papiere von Spikeln dort versteckt worden seien. Genaue Klärung hierüber kann erst von einer eingehenden, vorurteilslosen Untersuchung erwartet werden.

Eine fidele Ortspolizeibehörde.

Aus der Gemeinde Holzhausen, Kreis Salzwedel, wird uns geschrieben:

Am 27. Juli gegen 11 Uhr abends gewährte der Grundbesitzer Hermann Vollehn auf freiem Felde ein eigenwilliges Geräusch. Er ging der Richtung des Schalles nach und sah einen Spitzhüben, der den auf dem Felde stehenden Roggen mit einem Stode ausdroh. Vorhinstehend ging er zurück und holte sich seinen Nachbarn, den Tischlermeister Schröder, zu Hilfe, der zur Sicherheit ein Jagdgewehr mitnahm. In der Nähe des Latortes angelangt, gaben sie den Halstruf; der unbekannte Spitzhübe nahm aber Reißaus. Als der Tischlermeister einen Schreckschuß abgab, eröffnete sein Gegner aus einem Revolver Schnellfeuer, ohne aber zu treffen, worauf er weiterlief. Schließlich wurde er erwischt und dem Ortsvorsteher Krone übergeben.

Der Schuß hatte aber auch einen Einwohner gewetzt, der unbemerkt beobachtet konnte, was weiter folgte. Der Ortsvorsteher, der wegen der Art seiner Amtsführung sich keines sonderlichen Ansehens erfreut, war maßlos erstaunt, als sich der Spitzhübe als ein Schieber namens Meyer aus Hannover entpuppte, der aus dem Dorfe während der Zwangswirtschaft Schweine, Weizenmehl und andere schöne Dinge „hinterum“ an den Mann gebracht hatte. Endlich brach der Ortsvorsteher das Schweigen mit den Worten: „Dich können wir doch wohl nicht bestrafen, Dich müssen wir laufen lassen!“ Die Häcker ließen sich denn auch zum Schweigen verpflichten. Nun begann ein gemüthliches Nachhaken, und

hierauf wurde Herr Meyer freundlichst entlassen; allerdings hatte der Ortsvorsteher nicht die Lebenswürdigkeit, ihm den Zentner Roggen, den er schon gedroschen hatte, mit auf den Weg zu geben!

Wir wollen hoffen, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um den gemüthlichen Ortsvorsteher zu veranlassen, in Zukunft mit der Einwohnerlichkeit des Ortes auch dann so human zu verfahren, wenn es sich nicht um Spitzhüben und Kriegsschieber handelt.

Nach dem Liller Kongreß.

Der Liller Gewerkschaftskongreß, der nach siebentägiger Dauer am Sonntagabend seinen Abschluß fand, ist im allgemeinen ruhiger verlaufen, als es die blutigen Zwischenfälle des ersten Tages vermuten ließen. Offenbar haben auch die wildesten Fanatiker des linken Flügels eingesehen, daß bei einer Wiederholung der Schieberereien die französische Gewerkschaftsbewegung den letzten Rest von Vertrauen verlieren würde, den sie noch in den Massen genießt. Ueberdies war vorsichtshalber beschlossen worden, daß niemand den Saal mit einer Schußwaffe betreten dürfe.

Ebenso wie die deutschen Linksunabhängigen auf dem Spaltungsparteitag von Halle sich die größte Mühe gaben, die Tagung bis zur entscheidenden Abstimmung fortzuführen und eine vorzeitige Sprengung zu vermeiden, die ihre juristische Stellung bei der nachträglichen vermögensrechtlichen Auseinandersetzung beeinträchtigt hätte, waren auch in Lille die Moskauer bestrebt, den Kongreß ordnungsmäßig zu Ende zu führen. Um so mehr, als ja ihr ganzes Streben in erster Linie darauf gerichtet war, sich auf „legalem“ Wege, d. h. durch Erringung der Mehrheit, der Kasse der CGT. zu bemächtigen. Wenn man bedenkt, daß der allergrößte Teil der dortigen „revolutionären“ Gewerkschaftsführer bis vor kurzem in der französischen Gewerkschaftsbewegung entweder gar keine oder oft auch eine recht zweifelhafte Rolle gespielt hatte, und wenn man sich vor allem die üblen Kampfmethoden dieser Herrschaften vergegenwärtigt, dann muß man in der Tat zu der Ueberzeugung gelangen, daß der ganze Moskauer-Kummel in den französischen Gewerkschaften lediglich auf einen frechen Versuch einzelner Burschen zurückzuführen war, die seitens der Posten und das Vermögen der CGT. an sich zu reißen.

Unsere Voraussage, daß dieser Versuch in Lille nicht gelingen würde, hat sich erfüllt. Jouhaux und seine Anhänger haben trotz der jahrelangen rücksichtslosen Wählerarbeit ihrer Gegner die Mehrheit behaupten können. Gewiß ist ihr Sieg nur ein sehr knapper gewesen, aber die Hauptfrage für die Rettung der französischen Arbeiterbewegung ist, daß dieser Sieg doch errungen werden konnte. Denn nun wird die Leitung der CGT. in voller Bewegungsfreiheit die dringend notwendige Säuberungsarbeit durchführen können, ohne die eine Befundung der französischen Gewerkschaften unmöglich ist. Der alte Vorstand hat in ungewohnter Form die Ermächtigung verlangt, seine Mitglieder, die sich zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale bekennen, auszuschließen. Diese Ermächtigung hat er durch die Annahme der Vertrauensresolution ebenso ungewohntlich erhalten. Se energischer er davon Gebrauch macht, desto rascher wird in Frankreich mit der Zerstörungstaktik der kommunistischen „Zellen“ ausgeräumt werden.

Kommunistenverfolgungen in Jugoslawien.

Graz, 3. August. (WZB.) Die „Lagespost“ meldet aus Belgrad: Auf Grund des Beschlusses über die Auslieferung der kommunistischen Abgeordneten wurden 12 kommunistische Abgeordnete verhaftet. In Esseg veranstaltete die Menge große Kundgebungen gegen die Kommunisten. Das kommunistische Arbeiterheim wurde zerstört. Bei Zusammenstößen auf den Straßen wurde der Präsident des Esseger Arbeiterclubs schwer verwundet. Auch aus anderen Orten Kroatiens kommen Nachrichten über Ausschreitungen gegen die Kommunisten.

Der Homburger „Wunderdoktor“.

Nicht um andere Feler „wunderthätigen“ Heilfähigkeiten in die Krone zu treiben, sondern um sie über ein interessantes wissenschaftliches Problem zu informieren, bringen wir die nachstehenden Mitteilungen über den Wunderdoktor von Homburg, gegen dessen Tätigkeit der Frankfurter Staatsanwaltschaft vergeblich einzuschreiten versucht hat. D. Red.

Der Wunderdoktor ist der alte Journalist Müller-Cerny, der Bruder des Frankfurter „Fackel“-Mannes Müller-Herfurth. Beide entstammen einer Altfrankfurter Journalistenfamilie und waren bis vor kurzem feindliche Brüder, weil der Frankfurter Müller dem Homburger Müller ob seiner Wunderkuren mit seiner „Fackel“ oft recht unbrüderlich heimleuchtete. Heute freilich schwört auch der Herfurth auf den Cerny. Der Wunderdoktor Müller-Cerny wurde durch den Frankfurter Grenzgänger Karl Wahmann, den Redakteur, Verleger und Austräger der wunderlichen „Liebe“, einem „christus-kommunistischen, edelmannsdarftischen, seelenaristokratischen“ Organ, auf den Spiritismus gebracht, der den also Bekehrten zum „Heiland“ erhob. Wenigstens bezeichnet sich Müller-Cerny als solchen.

Wahngebilde sind natürlich die angeblich geheilten Rückgratverkrümmungen, Tuberkulosefälle usw., die sich der Homburger Wunderdoktor zuschreibt oder zuschreiben läßt. Wirklichkeit sind aber die Heilungen Gemüths- und Nervenkranker, unfruchtbarer Männer und Weiber, soweit die Unfruchtbarkeit auf psychischen Störungen beruht, u. dgl. Der Wunderdoktor legte ihnen die Hand auf und sagte oder schrieb ihnen, sie würden geheilt, wenn sie fest an Gottes und seines Jüngers Müller-Cernys Hilfe glaubten. Die Wunder von Lourdes und manchem anderen Gnadenorte, die Suggestioheilungen in der biblischen Geschichte, wiederholen sich in Homburg tatsächlich fast alle Tage. Ein eigenes Organ mit hunderten von Dankerkstattungen wirklich oder scheinbar Geheilte trägt zu jenem Glauben bei, der stetig macht und Berge versetzt. (Es müssen nicht gerade die Buckel sein, von denen der Wunderdoktor ihre unglücklichen Träger geheilt haben will.) Der religiöse Nimbus mag Berechnung — in zweifacher Hinsicht — sein, die psychologischen Tatsachen wirklicher Heilungen von sonst vergeblich behandelten Fällen bleiben davon unberührt.

Auch der viciumlächerle Karl Wahmann, wie gesagt ein Grenzgänger, heilt manchenmal, und im gleichen Frankfurt machte jüngst die „Wahrträumerin“ viel von sich reden, die im Schlafe den Schuppen des Heibelberger Doppeltraumbornes genau erkannte und beschrieb. Sie soll auch den Werd von Sarajewo und den nachfolgenden Weltkrieg vorhergesagt haben. So gut im Mai 1902 beim Ausbruch des Mont Pelé auf der Insel Martinique die Hunde, die Vögel und die Haustiere mehrere Stunden vorher die Katastrophe, die 28 000 Menschen verlor, durch eine ungeheuerer Unruhe ankündigten, so gut 1908 die Sperlinge einen Tag vorher die dann vom Erdbeben heimgesuchte Stadt Messina auffallenderweise verließen, so gut im August 1912 die Schwaben Südbayerns bei schönstem Wetter mehrere Wochen früher als gewöhnlich das Land verlassen und zur späteren Abzugszeit ein vernichtender Nordweststurm katastrophal hereinbrach, in welchen — wie in vielen anderen Fällen — die Tiere sichere Vorahnungen hatten, ebenso gut

können besonders veranlagte Menschen solches Ahnungsvermögen besitzen. „Es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde...“ Man nennt sie okkult, weil sie bisher natürlich noch nicht zu erklären waren. Sie sind aber unbedingt als natürlich und nicht als übernatürlich einzufassen. So gut eine starke Einbildungskraft, also die geistige Einstellung, sich körperlich aus- bzw. einprägen kann, z. B. das „Versehen“ schwangerer Frauen, die Stigmatisierung religiöser Elstater (das Franziskus-Eggerment wurde in jüngster Zeit verschiedentlich nachgemacht) usw., ebenso gut kann sich diese Gedankenkraft in Menschen heilend oder schädigend bemerkbar machen.

Der Wunderdoktor von Homburg, mag man ihm noch so skeptisch gegenüberstehen, ist ein Fall, der der wissenschaftlichen Betrachtung und Untersuchung unbedingt wert erscheint.

D. F. Matthes, Frankfurt a. M.

Die Sünde wider das germanische Blut. Der Antisemitismus verflucht in seinem Kampfe gegen das Judentum über ein reichhaltiges Arsenal von geistigen Waffen. Nicht nur die bildende Kunst — vgl. die Wanddecorationen der öffentlichen Bedürfnisanstalten —, sondern auch Poesie und Wissenschaft liefern sie ihm.

Poet und gelehrter Forscher zu gleicher Zeit, ist Herr Dr. Arthur Dinter, einer der gewaltigsten Heerrufen im deutsch-völkischen Befreiungskampf. Er hat jüngst einen Roman erschienen lassen, der den Titel trägt: „Die Sünde wider das Blut“ und in poetischer Schale einen wissenschaftlichen Kern darbieht. Diesen Kern bildet eine rassenbiologische Erblichkeitslehre, welche lehrt, daß durch die Mischung mit dem jüdischen Blute das germanische Blut vergiftet werde.

Wir sind nicht amahend genug, um aus eigener Kraft gegen einen deutsch-nationalen Denter vom Range Dinters antämpfen zu wollen. Es sei uns aber gestattet, auf eine Artikel hinzuweisen, die Professor Benz, ein Gelehrter von Beltruf und nichts weniger als ein Judenfreund, in dem sechsten erschienenen 13. Bande des „Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ veröffentlicht.

Dinter — heißt es da —, der über Rassenbiologie aufklären wolle, bedürfte dieser Aufklärung zu allererst selber. Die Wissenschaft habe längst mit dem ideo Uberglauben ausgeräumt, daß die Befruchtung eines Weibchens durch ein Männchen auf eine spätere Befruchtung desselben Weibchens durch ein anderes Männchen nachwirken könne. Damit solle von vornherein die Behauptung einer allgemeinen Vererbung des germanischen Blutes in sich zusammenfallen. Der Held des Dinterischen Romans solle ein Germanen-Urbild sein, er sei aber ein hysterischer Psychopath. Eine Zusammenfügung aus Unfähigkeit, zwischen Tatsachen und Illusionen zu unterscheiden, aus dilettantenhafter Ueberheblichkeit, abergläubischer Einbildungskraft und antisemitischem Verfolgungswahn. Die phantastische Seelenwanderungslehre Dinters ist nach Benz vollkommen unwissenschaftlich, die Wahrheiten der Rassenlehre würden durch seinen Buch kompromittiert. Benz kommt zu dem Schluß, daß an sich richtige rassenbiologische Gedanken geradezu ihren Wert verlieren, wenn sie durch Dinters Mund gehen, so daß Dinters Buch nicht nur eine Sünde wider den Geist des Germanentums, sondern auch wider das germanische Blut sei.

Peinlich, eine solche öffentliche Hinrichtung von befreundeter

Hand. Und um so peinlicher, als sie nicht die einzige ist. Denn es mehren sich die Stimmen aus dem deutsch-österreichischen Kriegslager, die Dinter, den Denker und Dichter, als Zeitgenossen nicht mehr dulden wollen. Und so wird diesem unermüdlichen antisemitischen Waffenschmiede am Ende nichts anderes übrig bleiben, als seine Tätigkeit auf das Gebiet der bildenden Kunst — vgl. oben — zu verlegen, wo er, anonym schaffend, wenigstens keine öffentliche Kritik und Hinrichtung zu fürchten hat.

Im Flugzeug zum Nordpol. Aus Washington wird gemeldet, daß der Polarforscher Edwin J. Fairbank Kautsky beabsichtigt, im September mit drei Begleitern von Alaska aus über den Nordpol nach Norwegen zu fliegen. Folgende Haltepunkte sind vorgesehen: nach Zurücklegung des ersten Viertels der Weststrecke, am Pol, auf Spitzbergen, auf der Bäreninsel und am Nordkap.

Ein Weltkongreß der Esperantisten ist in Prag eröffnet worden. Etwa 2500 Delegierte aus allen europäischen und vielen außereuropäischen Ländern nehmen daran teil. Der tschechische Minister des Aeußeren, Dr. Benesch, sandte ein Begrüßungstelegramm, in dem er den Kongreß als hervorragendes Hilfsmittel zur geistigen Annäherung der Völker bezeichnet. Er trage in die Nachkriegsverhältnisse das edle Wort von dem Zusammenarbeiten der Völker. Eine Verständigungssprache gleich dem Esperanto müsse allen aufrichtigen Pazifisten willkommen sein. Die Tschechoslowakei sei von dem heißen Streben nach dem friedlichen Zusammenwirken aller Völker durchdrungen, die guten Willens seien.

Der Japaner Dr. Kotoke, der zweite Generalsekretär des Völkerbundes, sprach die Hoffnung aus, daß der Völkerbund das Esperanto als Verhandlungssprache annehmen werde.

Ein Nachtengreß, den die Esperantisten im Anschluß an die Prager Tagung in Budapest abhalten wollten, ist von der ungarischen Regierung verboten worden.

Einfälle.

Auch in der Literatur gibt es gewisse landwirtschaftliche Prinzipien: Soll das Bräutchen für den Hahn, der da weidet, schmachhaft sein, so bedingt es viel Wiß.

Frösche werden es dem Adler immer als Hochmut auslegen, daß er sich im Sumpf nicht wohl fühlt.

Was hasten sie eigentlich von Tiersablen, fragte ein junger Kauz den alten Uhu. Unfinn, sagte der, da lassen uns die Menschen in diesen Fabeln reden.

Genau dasselbe, als wenn wir Fabeln über die Menschen machten und sie darin denken ließen.

Hol dich der Teufel Ach, dieser fromme Wunsch geht nie mehr in Erfüllung. Der Teufel hat anderes zu tun. Seit er weiß, daß er ein markantes Profil hat, studiert er unablässig das Buch: Wie werde ich Kinohauspfeifer?

Der eitle Professor F: Wenn er den Stein der Weisen fände, er würde ihn als Busennadel tragen.

Im Wein liegt Wahrheit — Die beste Propaganda für Antialkoholereine. Julius Kreis.

Groß-Berlin

Kolonisten in Not.

Die lang anhaltende Dürre dieses Sommers hat viele unserer Kleingartenkolonien in förmliche Straßkolonien verwandelt. Am frühen Morgen schon und abends bis zur völligen Dunkelheit muß der Pumpenhebel geschwungen, von leuchtenden und stöhnenden Kolonisten Wasser geschleppt werden, um das mühsam Bezogene vor dem gähnlichen Verderben zu bewahren. Es ist ein Stück Sisyphusarbeit, die da geleistet wird, denn die sengende Hitze zehrt das den Pflanzen zugeführte Wasser nur zu schnell wieder weg. Dazu der gräßliche Sandboden, der wohl riesige Mengen Wasser aufnimmt, aber nichts davon festhält. Einer nach dem andern von den Kolonisten kapituliert und sieht resigniert zu, wie sein ehemals grünes und blühendes Stückchen Land zu einem mit verdorrten Stauden bestandenen Einöde wird. Nur die ganz Jähren halten in diesem verzweifeltten Kampfe mit der Natur aus und suchen zu retten, was noch zu retten ist.

Da ist ein Alter mit weißem Haupt und bereits gebeugt von der Last der Jahre, aber er trägt unermüdet Wasser und immer wieder Wasser. „Vater Görke“, ruft ihm ein Nachbar zu, „hören Sie doch auf mit der Schinderei, Sie schaffen es ja doch nicht!“ „Nein!“ antwortet der Alte ingrimmig, „viele Wochen habe ich mich geplagt, habe den Dung von weither mit meinen Karren herangeschleppt, das Land umgegraben, Saatgut gekauft, soll nun die ganze Arbeit vergeblich getan, die Ausgabe umsonst gemacht sein? Wozu soll ich denn im Winter mit meiner Alten leben, wenn mir die paar Kartoffeln verdorren?“ Und er pumpt in voller Wut weiter, als wollte er sagen: So lange die Pumpe noch einen Tropfen Wasser gibt und die alten Knochen aushalten, wird nicht nachgegeben.

Erntefeste wird man wohl trotz alledem feiern, wenn der Herbst herankommt, denn sie gehören nun einmal zu den feststehenden Einrichtungen in den Kolonien, aber der Ertrag des Bodens wird bei allen den Armen, die eine gute Ernte brauchen könnten, gewiß nur spärlich sein.

Gewitter über Berlin.

Die Stoßflitzer der Berliner Kolonisten um den ersehnten Regen scheinen vorübergehend bei dem unglücklichen Mann, der über das Wetter gebietet, offene Ohren gefunden zu haben. Gegen 9 Uhr schickte er gestern abend einige Rollen trübender Wolken über Berlin hinweg. Es kam zu heftigen Gewittern und wolkenbruchartig einsetzenden Regengüssen, die allerdings kaum genügen dürften, dem ausgedörrten Boden die erforderliche Feuchtigkeit zuzuführen. Der瞽瞍 sich kurz Zeit hindurch spiegelnden Kanälen, und wenn sich auch die Wasserläufe in kurzem verjagen, so mußte die Feuerwehr doch stellenweise wieder helfend eingreifen, um einige überschwemmte Keller auszupumpen. In später Abendstunde hatte die Temperatur aber doch eine, wenn auch nur geringe Abkühlung erfahren.

Wie wir in später Abendstunde erfahren, entstand in der Winterfeldstraße 5/6 durch Blitzschlag ein Dachstuhlbrand, der das Eingreifen der Feuerwehr mit 5 Rohren nötig machte. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden.

Erledigte Befähigungen für Bezirksamtsmitglieder.

Der Oberpräsident hat sämtliche noch schwelenden Befähigungsangelegenheiten der Groß-Berliner Bezirksämter für erledigt erklärt, weil die wählenden Bezirksversammlungen durch das inzwischen ergangene Urteil des Oberverwaltungsgerichts aufgelöst worden sind. Von dieser Entscheidung werden betroffen die Wahlen des Stadtrats Dr. Götz in Charlottenburg zum Bezirksbürgermeister des Bezirks Köpenick und des unbesetzten Stadtrats Buchdruckerei-Expeditienten Stimmung zum stellvertretenden Bezirksbürgermeister im Bezirk Lichtenberg, sowie des Lehrers Eggert in Staaken und des Buchdruckers Finkelmeyer zu besetzten Stadträten des Bezirksamts Spandau. Aus demselben Grunde ist die beim Minister des Innern eingelegte Beschwerde wegen der wiederholten Nichtbefähigung des Werkzeugmachers Münzinger und des Schlossers Leo als besetzte Stadträte des Bezirksamts Spandau für erledigt erklärt worden. — Die Neuwahlen für diese Bezirksamtsstellen sind von dem am 16. Oktober neu zu wählenden Bezirksversammlungen vorzunehmen.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Sie sollte ihm mit einer weichen Handbewegung ihre Bewunderung. „Man spricht viel von Ihnen, nur ich hatte mit Ihnen kein Glück.“

„Sie werden es noch haben, haben Sie Geduld! Und behalten Sie die Papiere!“

„Sollten Sie wirklich —?“

Er nickte, und die Idee nahm in ihm immer festere Formen an. „Ja. Mein Wort darauf. Und ich werde Sie diesmal nicht täuschen.“

Damit nahm ihr Gespräch eine andere Wendung, jene, die sie wünschte und auf die er bereitwillig einging.

„Sie sind hübscher als je,“ schmeichelte er ihr. „Erlauben Sie mir, daß ich es Ihnen sage?“

„Ich bin erstaunt, daß Sie es tun!“

Er suchte ihre Hand, drückte sie lässig und ließ sie wieder fahren. „Wollen wir uns wieder einmal sprechen?“ fragte er.

„Wo?“ fragte sie verblüfft.

„Nicht bei mir,“ sagte er lachend, „daß bei Ihnen!“

Sie erschrak und erröte vor Freude. „Einverstanden!“ ging sie auf seinen Ton ein. „Wann?“

„Morgen,“ sagte er schnell, „morgen gegen sechs. Werden Sie mich erwarten?“

„Ja,“ versprach sie und überließ ihm neuerdings ihre Hand, die er küßte.

Sie sah ihm bestürzt nach. Er war in eine vorüberfahrende Droschke gesprungen und winkte ihr noch aus der Ferne zu.

Er ist ein Räuber, dachte sie, aber er ist doch entzückend! Und sie beschloß, sogleich einen Besuch abzugeben, der sich für den nächsten Tag bei ihr angefragt hatte.

Dem Besuch, den er ihr am nächsten Tag machte, folgte ein zweiter und dem zweiten folgte ein dritter, und doch war es nicht mehr die Lust am Getändel, die ihn zu ihr hintrieb, sondern ihr Geld war es, ihr Millionenvermögen, das in irgendwelchen todsicheren Papieren bei irgendeiner Bank angelegt war und das doch, von dem bescheidenen Prozentsatz an Zinsen abgesehen, nicht das brachte, was es bringen konnte.

Als Hordensführer durch Deutschland.

Betrügereien eines falschen Feldwebels.

Streiche eines falschen Feldwebels beschäftigten gestern die Ferienstrafkammer des Landgerichts 3. Gegen den Maler Karl Pletch führte die Anklage nicht weniger als 13 Fälle des Betruges, der Urkundenfälschung, des Diebstahls, der Unterschlagung, der Sachbeschädigung usw. auf. Der Angeklagte ist mehrmals vorbestraft und mehrmals aus der Haft ausgebrochen.

Pletch stand im September 1917 als Musketier beim Infanterie-Regiment 138 und wurde im Juli 1919 aus dem Heeresdienste entlassen. Er soll sich nach der Anklage in dieser Zeit die Uniform eines Feldwebels zugelegt und auf Grund falscher und gefälschter Papiere sich als Feldwebel bei verschiedenen Truppenteilen einzuführen verstanden haben. So wurde er bei dem Garnisonkommando in Mühlhausen in Thüringen aufgenommen und am 20. Januar 1919 mit einem Transport als Transportführer zum Grenzschutz Oberost nach Königsberg beordert. Er verstand es dann, in Mühlhausen und in verschiedenen anderen Ortschaften und auf Bahnhöfen die verschiedensten Kassenerwartungen unter dem Hinweis, daß er Feldwebel sei und einen größeren Transport führe, zur Hergabe von Beträgen in Höhe von je mehreren hundert Mark zu veranlassen. Das Geld soll er für sich und eine Soldatenkompanie, die sich ihm angeschlossen hatte, verwendet haben. Einen häßlichen Streich soll er gegen einen Landwirt Wenzel in Dedensen, Kreis Neustadt, ausgeführt haben. Er hatte sich dort mit mehreren Soldaten einquartiert und das ganze Vertrauen des Wenzel erworben. Um sich für die genossene Gastfreundschaft dankbar zu erweisen, erbot er sich, da er sich auf dem Transport nach Ostpreußen befände, an den Sohn des Wenzel in Ostpreußen ein großes Paket mit Wäsche mitzunehmen. Er hat das Paket auch erhalten, aber weder der Vater noch der Sohn haben von ihm je wieder etwas zu sehen bekommen. Im März 1919 erschien der Angeklagte mit einer Anzahl Soldaten und einer als Hilfsführer verkleideten Frauensperson bei dem Gemeindevorsteher in Lessendorf bei Marienburg und quartierte sich dort mit seinen Begleitern auf Grund gefälschter Papiere ein. Die Gemeinde Lessendorf hält sich dadurch für geschädigt. — Neben diesen „militärischen“ Aktionen läuft noch ein Diebstahl- und ein Schleichergeschäft. Der Angeklagte hatte es verstanden, auf Grund von gefälschten Papieren sich in den Besitz von 1020 Broten und 43 Kisten Konserven vom Proviantamt in Väterbog zu bringen und diese an verschiedene Personen zu verkaufen.

Im gestrigen Termin konnte nur ein kleiner, unbedeutender Teil des Anklageregisters zur Erledigung gebracht werden, da der Angeklagte bezüglich der Hauptstrafen entschieden seine Schuld leugnete und sich unter vielen, etwas romantisch klingenden Schilderungen auf zahlreiche Entlohnungszyklen berief, die erst ausfindig gemacht werden müssen. Er konnte vorläufig nur wegen Unterschlagung zum Schaden des Landwirts Wenzel und wegen des Diebstahls verurteilt werden. Das Gericht erkannte dieserhalb auf 6 Monate Gefängnis und verlegte im übrigen die Verhandlung zwecks weiterer Beweisaufnahme.

Weitere August-Feriensonderzüge.

Neben dem noch nachträglich eingelegten Feriensonderzug nach Stuttgart, der, wie bereits gemeldet, am 8. August vom Anhalter Bahnhof um 3.55 nachmittags abfahren wird, ist noch Süddeutschland ein zweiter Ferienzug zum 20. August in Aussicht genommen worden, der bis Basel bzw. Konstanz verkehren wird. Dieser neue Feriensonderzug wird ebenso wie der am 13. August in der gleichen Richtung vorgesehene vom Anhalter Bahnhof um 5.39 nachmittags abfahren, er trifft um 8.14 vormittags in Karlsruhe, um 1.00 nachmittags in Basel, um 1.21 in Donaueschingen und um 3.08 nachmittags am 21. in Konstanz ein. Der Vorkauf für diesen Feriensonderzug wird auf dem Anhalter Bahnhof am 10. August eröffnet, und zwar in der Zeit von 8—12 vormittags und 3—6 nachmittags. Geschlossen wird der Verkauf der Fahrkarten am 19. August. Wenig bekannt ist es auch, daß die Eisenbahnverwaltung auch im August noch einige Sonderzüge nach der Ostsee verkehren läßt, zu denen ebenfalls Fahrkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben werden. Außer dem heute vom Stettiner Bahnhof abfahrenden Ferienzuge werden noch am 15. August folgende Sonderzüge verkehren: nach Warnemünde 10.57 vormittags ab Stettiner Bahnhof, an Warnemünde 3.40 nachmittags und ab Gorchow Bahnhof 9.08 vormittags nach Oberschreiberhau (an 4.14 nachmittags) und Krümmhübel (an 3.44 nachmittags). Für diese beiden Feriensonderzüge sind noch Fahrkarten zu ermäßigten Preisen bis zum Tage vor Zubrhang, also bis zum 14. August, abends 6 Uhr, bei der Fahrkartenausgabe des Abgangsbahnhofs zu haben. Für

die übrigen Feriensonderzüge, die noch im August Berlin verlassen, sind die Fahrkarten ausverkauft.

Waldbrände als Folge der Hitze.

Die Hitzeperiode, die jetzt auf ihrem Höhepunkt angelangt zu sein scheint, hat die Wälder in der Umgebung Berlins wie Zunder ausgetrocknet. Der kleinste Funke genügt, um ganze Flächen in ein hellrotes Flammenmeer zu verwandeln. Das beweisen wieder die neuesten Waldbrände. So brannten in der Seydelstraße in Tegel gegenüber dem Strafgefängnis gestern nachmittags 200 Quadratmeter Heide ab. Einer Streife der Schutzpolizei gelang es mit Hilfe von Postanten durch Aufwerfen von Sand die Flammen zu löschen. — Um 1 Uhr nachmittags brannten im Jagen 76 im Brunwald drei Morgen Schonung ab, um 3 Uhr im Jagen 102 im Brunwald ein Morgen Waldbestand. In beiden Fällen waren die Feuerwehren von Nikolassee und Wilmersdorf schnell zur Stelle und konnten eine weitere Ausbreitung der Flammen verhindern. — Um 5 Uhr nachmittags wurden die Wehren von Niederschöneweide und Baumshulenweg nach dem Bahndamm zwischen den beiden genannten Eisenbahnstationen gerufen. Hier standen 100 Quadratmeter Waldfläche in Flammen, die nach etwa einstündiger Tätigkeit gelöscht werden konnten.

Kein Ersatz für verlorene Brotkarten.

Von Montag, den 15. August ab, findet eine Ersatzleistung für abhanden gekommene Brotkarten, Milchkarten und Lebensmittelfkarten nicht mehr statt, da die mit Brot, Mehl und Milch zu versorgenden Belegten, sich im freien Handel Ersatz zu beschaffen. Personen, die Ersatz für abhanden gekommene Brot- und Milchkarten beantragen, werden abgewiesen, auch wird ihnen eine Verlustanzeige nicht mehr ausgehändigt. Vom 15. August 1921 ab kommt daher nur noch ein Ersatz von Zuckerkarten in Frage. Hierzu ist die vorgeschriebene Verlustanzeige auszugeben und entsprechend auszufüllen. Die Entscheidung über einen etwaigen Ersatz trifft für die Zuckerkarten, die Zuckerverforgungsstelle, Kommandantenstraße 80/81. Die Verlustträger haben sich mit ihren Verlustanzeigen dorthin zu wenden. Die Brotkommissionen dürfen einen Ersatz nicht vornehmen.

Auf der Spur eines Verbrechens.

Im Walde bei Rabensfelde wurde am 23. v. M. die Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden, deren Befund darauf schließen läßt, daß dort ein Verbrechen stattgefunden hat. Die gerichtsarztliche Untersuchung ergab, daß die Leiche etwa ein halbes Jahr dort gelegen haben muß und der Tod des Mannes infolge einer schweren Verletzung an der linken Schläfenarterie eingetreten ist. Zur Klärung des Leichenfundes hat sich die zuständige Staatsanwaltschaft mit der hiesigen Kriminalpolizei in Verbindung gesetzt. Die Ermittlungen werden von Kriminalkommissar Gennat, Zimmer 105 des hiesigen Polizeipräsidiums, geleitet, an den alle zweckdienlichen Mitteilungen zu erlassen sind. Sehr wesentlich zur Aufklärung des Verbrechens werden Angaben über die Persönlichkeit des Toten beitragen können. Dieser ist etwa 30 bis 40 Jahre alt, hat ungefähr 5 Zentimeter langes, blondes Haar und einen jährlösen Unterkiefer. Es wird vermutet, daß es sich um einen Berliner handelt, der von dem Mörder, wie in vielen anderen Fällen dort hinausgeschleudert und dann unterwegs ermordet worden ist.

Weitere Freigabe von Kohle.

Das Kohlenamt teilt mit: Vom 4. August dürfen durch erneute Freigabe vom heutigen Tage auf Kohlenbezugschein für Zentralheizungs- und Wassermotorenanlagen insgesamt abgegeben und entnommen werden: 100 Geschäftsräume der Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbehörden usw. 80 Proz., für öffentliche und private Schulen, für Krankenhäuser usw. 80 Proz., für Kirchen, Kapellen und Synagogen 50 Proz., für Privatverbraucher 80 Proz. Die genauen Angaben sind aus der am Donnerstag, den 4. August durch Säulenanschlag erfolgenden Veröffentlichung der betreffenden Bekanntmachung zu entnehmen. — In Anbetracht dessen, daß die Mieter die Brennstoffkosten zum übermindernden Teil selbst aufzubringen haben, erfolgt die Freigabe jedoch nur insoweit, als Vermieter und Mieter mit dem Bezuge einverstanden sind. Es erscheint aber geboten, von dieser Freigabe einen möglichst umfangreichen Gebrauch zu machen, schon im Hinblick darauf, daß die bevorstehende Erhöhung der Kohlensteuer eine weitere Preissteigerung befürchten läßt.

Wetter bis Freitag mittag: Mäßig, überwiegend bewölkt, mit weit verbreiteten Gewittern und Regenschauern. Später im Westen wieder aufklarend bei mäßigen westlichen Winden.

Er hatte es bald heraus, daß er sie fest in seiner Hand hielt, und er zögerte nicht länger, ihr von dem zu reden, was ihm im Kopf spukte.

Es war ein Unternehmen, das sich in nichts von dem unterschied, die er bisher mit bestem Erfolg durchgeführt hatte, nur daß es seinem Umfang nach größer war, wie auch zu seiner Durchführung Kapitalien gehörten, die er zurzeit bei sich nicht flüssig machen konnte, weil er in seiner Fabrik, die ständig wuchs, allzu sehr in Anspruch genommen war.

Es handelte sich um die Gesellschaft, von deren Aktien Frau von Warisch einen Teil in ihrem Besitz hatte, die zur Zeit freilich bankrott war, deren Patente — sie verwertete ein neues Verfahren, Metallfädenlampen herzustellen — aber gerade deshalb für einen Pappenspiel zu haben waren.

Reisner hatte sich im Handumdrehen die nötigen Unterlagen und Belege verschafft und die Lage und die etwaigen Zukunftsmöglichkeiten der Gesellschaft genau studiert. Die Sache war, wie er meinte, gut und sie hatte sich nur deshalb nicht durchsetzen können, weil sie, die im großen Stil begonnen worden war, doch mit zu geringen Mitteln unternommen war, so daß man schließlich auf halbem Wege stehen bleiben mußte.

Reisner sprach überzeugend, weil er an die Reellität und an ein Prosperieren des Unternehmens glaubte. Er gewann auch Frau von Warisch für die Sache, deren scheinbares Sichsträuben nur ein Spiel war, das ihn nicht täuschte.

„Warum geben Sie nicht Ihre Frau um das Geld an, das Sie brauchen?“ fragte sie. „Ihre Frau ist reich.“

„Weil ich mit meiner Frau grundsätzlich nicht in Geschäfte verwickelt werden möchte,“ antwortete er der Wahrheit gemäß. „Es ist eine Marotte von mir, sonst nichts.“

„Und Ihr Glaube, daß Ihnen die Frauen bei Geschäften Unglück bringen müssen, — wo bleibt der?“

„Das ist vorbei,“ sagte er ernst. „Die eine Frau, die ich gewonnen habe, hat mich mit allen anderen verhöhnt, an die ich nun glaube.“

„Es ist bitter, was Sie mir da sagen, und recht wenig galant.“

„Aber es ist die Wahrheit, und ich will Sie nicht belügen.“

„Lieben Sie Ihre Frau?“

„Ja.“

„Und doch —?“

Er unterbrach sie rasch. „Sie müssen Dinge, die leicht gemeint sind, auch leicht aufnehmen. . . Kränkt es Sie, wenn ich Ihnen sage, daß Sie mich reizen, während ich meine Frau liebe?“

Sie sah ihn prüfend an, als erwäge sie, ob es möglich sein würde, gegen die Frau, die er zu lieben vorgab, mit Erfolg anzutämpfen. „Ich muß mich damit zufrieden geben,“ sagte sie sodann. „Es ist mein Los, von Ihnen nicht verwöhnt zu werden.“

„Und doch möchte ich gerade Sie verwöhnen. Oder verwöhnt man eine Freundin nicht gern mehr, als man das bei seiner eigenen Frau nötig hat?“

„Sie,“ rief sie gekränkt und zugleich geschmeichelt aus, „o Sie —!“

Das Unternehmen kam zustande, mit einer Leichtigkeit, die ihn in früheren Tagen in Staunen versetzt hätte, die er aber jetzt gleichmütig als etwas Selbstverständliches hinnahm, weil er es inzwischen gelernt hatte, an seine Kraft und an sein Glück zu glauben.

Er hatte nun freilich — es war inzwischen August geworden — seine geplante Erholungsreise aufgeben müssen und fühlte sich jetzt, nach den erneuten aufreibenden Arbeiten und Mühen, doppelt elend und ausgepumpt.

Seine Frau erklärte: „Du mußt ernstlich fort, — ich bestehe darauf!“

„Und du? Kommst du nicht mit? Das Kind könnte sehr wohl unter gewissenhafter Pflege hier bleiben, — oder auch mitkommen, warum nicht?“

Sie verneinte entschieden. „Nein, ich bleibe hier. Wir reisen im nächsten Frühjahr.“

Sie erfuhr auch von seinem neuen Unternehmen und auch davon, daß eine reiche Frau Teilhaberin an ihm war. Er mußte ihr von Frau von Warisch erzählen, und sie wünschte, daß er sie zu ihnen einlade, damit sie Gelegenheit hätte, sie kennenzulernen.

„Sobald ich zurückkomme,“ wich er aus, „nicht früher, — ich bin zu abgespannt.“

Keine Spur von Eifersucht war an ihr zu entdecken, es schien, als komme ihr nicht im entferntesten der Gedanke an die Möglichkeit, daß ihr ihr Mann untreu werden könnte.

(Fortf. folgt.)

Die unterschlagenen Arbeitergelder.

Zu der Unterschlagung von 345 000 M., die für die Unterstützung der Familien von Inhaftierten bestimmt waren, erstattet der Unabhängige Emil Barth der Presse einen sehr ausführlichen Bericht, der eingangs die Entstehung der Unterstützungseinrichtung schildert, wie wir das bereits gestern morosen taten. Daran anschließend sagt Barth, daß er wegen Abwesenheit von Berlin von Juli 1919 bis Januar 1920 an seiner Kommissionsprüfung teilgenommen hat. In der Sitzung im Februar 1920 fragte Baer Paul Edert, was nun mit den 72 000 M. sei. Edert winkte ab; Barth stellte aber fest, daß

der Vollzugsrat in der Münzstraße

für sein Druckereunternehmen „Bedrus“ und seine Verlagsgesellschaft „Arbeiterrat“ von Baer 72 000 M. geliehen habe. Barth erhob scharfsten Protest und forderte sofortige Zahlung oder die Verpfändung von Wertobjekten, die diese Summe decken müßten. Edert erhob Einspruch, weil er das erste nicht konnte und das letzte nicht wollte. Mit der Direktion des „Bedrus“, bestehend aus Paul Reumann, Heinrich Walzahn und Paul Edert, wurde nach langer Debatte vereinbart, daß die Verlassenschaft eines Schein ausstellen solle, der der Unterstützungskommission das Eigentumsrecht des „Bedrus“ zuspricht. Dann sagt der Bericht Barths: „Doch — wenn — aber. Das ist eine Geschichte.“ Jedenfalls sollten die Maschinen des „Bedrus“ verkauft und die ersten 72 000 M. des Ertrages der Unterstützungskommission überwiesen werden. Bis spätestens 1. Oktober sollte alles bezahlt sein. „Es kam der 1. Oktober — aber kein Geld.“ Er fand dann wieder eine Sitzung statt, in der Edert erklärte, daß die Druckereinrichtung an einen Holländer verkauft sei, der 40 000 M. anzahle, am 15. November die zweite und am 15. Februar 1921 die letzte Rate zahlen sollte. Bis dahin sollte auch die Unterstützungskommission den Rest des Geldes erhalten. In dieser Sitzung stellte Barth fest, daß die Abmachung, wonach die ersten eingehenden Gelder der Unterstützungskommission zustiegen sollten, schon wieder bei den 40 000 M. Anzahlung durchbrochen seien. Er stellte weiter fest, daß man eine erneute Durchbrechung versuchen will, indem man von der zweiten Rate nur einen Teil der Unterstützungskommission zugehen lassen wolle. Edert erklärt darauf, daß sie nach andere Verbindlichkeiten zu erfüllen gehabt hätten. Schließlich wurde vereinbart, daß am 15. Februar die 72 000 M. einhändig zurückerstattet werden sollten. Am 15. Februar brachte dann auch Baer

einen Scheck über 72 000 M.

und die fälligen Zinsen und erklärte, daß er nunmehr auf die Bank gehe, um diese Summe zu überweisen. Barth überzeugte sich von der Richtigkeit des Schecks und hielt damit die Angelegenheit für erledigt.

In der Aufstellung vom April 1920 war ein Bankguthaben von einer halben Million Mark vorhanden. Die Kommission beschloß, 300 000 M. der Einnahmen nicht zu veröffentlichen, um die Sammeltreue nicht zu unterbinden. Dieser Beschluß wurde als streng vertraulich und einstimmig gefaßt.

Auch die „Freiheit“ hat einmal die Unterstützung der Kommission in Anspruch nehmen müssen. Der Verlag war damals in materielle Verlegenheiten geraten. Die Unterstützungskommission stellte dem Verlag einen Bürgschaftsscheck aus. Der Schuldner zahlte der „Freiheit“ die 50 000 M. und der Bürgschaftsscheck ging an die Aussteller zurück. Ein anderes Mal erluchte die Geschäftsleitung der „Freiheit“ um ein Darlehen von 200 000 M., wofür der Kommission die Maschine, die sie kaufte und die 300 000 M. kostete, mit der Wahrgabe verpfändet werden sollte, daß das Geld zurückgezahlt werden sollte, wenn es acht Tage vorher angefordert würde. Dieser An-

trag der „Freiheit“ wurde aber abgelehnt, da sie „ein konter-revolutionäres Organ“ sei.

Nach dem diesjährigen Märzpuß wurde die „Rote Hilfe“ gegründet und Ende März kam Baer zu Barth und erklärte, daß er am Tage vorher zur Zentrale der KPD. geladen und dort auf-gefordert worden sei.

das Geld der Unterstützungskommission der „Roten Hilfe“ zu überweisen.

wogegen er sich gestraubt habe. Es wurde dann eine Sitzung der Unterstützungskommission einberufen, die zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen sollte. Baer erklärte damals, es sei notwendig, eine öffentliche Abrechnung zu geben, da Gerüchte von Unterschlagungen der Gelder der Unterstützungskommission im Umlauf seien. Die Sitzung beschloß, dem Ansuchen der Kommunisten nicht Folge zu leisten und den Kassenbericht in der Generalversammlung der Betriebsräte zu geben. Diese Generalversammlung stellte sich auf dem Standpunkt, daß die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiter weiter bestehe und daß die drei Parteien und die Gewerkschaftskommission durch je 7 Personen darin vertreten sein sollten. Nach der Generalversammlung der Betriebsräte kam Baer erneut zu Barth, um zu erklären, daß die „Rote Hilfe“ beantragt habe, ihn von der Unterstützungskommission 150 000 M. zu überweisen. In der Wohnung Ederts sollte am nächsten Morgen ein offizieller Beschluß der Kommission gefaßt werden. Die Wohnung des kranken Ederts war aber verschlossen und auf der Straße einigte man sich einstimmig darauf, das Ansuchen der „Roten Hilfe“ abzulehnen. Die Konstituierung der neuen Unterstützungskommission wurde von den Kommunisten wieder hintertrieben. Sie stellte immer wieder Anträge auf

die Verschmelzung mit der „Roten Hilfe“.

was außer den Kommunisten alle übrigen Mitglieder ablehnten. Barth machte am 1. August einen Vermittlungsvorschlag, der die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft anerkannte und besagte, daß die „Rote Hilfe“ bis zum 30. September d. J. in Berlin ihre Tätigkeit fortsetzen könne, dann jedoch liquidieren und ihre Gelder an die Unterstützungskommission überweisen solle, die diese als Reservefonds für die Opfer der Märzaktion 1921 reservieren müsse. Die Kommunisten lehnten diesen Vorschlag ab und verließen die Sitzung.

Der weitere Verlauf der Angelegenheit ist bekannt. Interessieren dürfte noch, daß am 18. November 1920 100 000 Mark, am 19. November wieder 100 000 Mark und am 20. November 175 000 Mark abgehoben wurden. Der vorletzte Kassenbericht ging bis zum 16. November und wies ein Bankguthaben von 475 559 Mark auf. Der nächste ging bis zum 15. April. In ihm waren 139 540 Mark als von der Bank abgehoben bezeichnet. Es mußte also ein Bestand von 345 820 Mark vorhanden sein; in Wirklichkeit sind aber nur 250 Mark da.

Weiter: Am 15. Februar zeigte Baer den Scheck über 72 000 Mark und die fälligen Zinsen. Bei jeder einzelnen Besprechung erklärte er, daß von dem Bankguthaben nicht ein einziger Pfennig genommen wurde, dafür stände er mit seiner ganzen Person und seinem ehelichen Namen. Barth wirft die Frage auf: „Liegt denn dafür jedem objektive Denkenden nicht wie für mich die Vermutung nahe, daß

das Geld nach dem 15. April reiflos der „Roten Hilfe“ überwiesen worden ist?“ Zum Schluß macht er darauf aufmerksam, daß diese niederträchtige Handlungsweise, dieser schamlose Betrug der Kommunisten, jede Sammlungsmöglichkeit für Sowjetrußland einfach erschlagen habe.

Steht somit das Ergebnis der Kundgebung des Landbundes Provinz Sachsen im Widerspruch mit den für die Preisfestsetzung maßgebenden Tatsachen, so sind auch die einzelnen Punkte, auf denen die Kundgebung sich aufbaut, ungenau und fehlerhaft.

Zunächst sind Produktionskostenberechnungen, die auf den Morgen oder auf die einzelne Maßeinheit der Frucht abgestellt sind, stets grundrichtig ansehbar, weil sie vielleicht auf einen einzelnen Betrieb zutreffen können, aber nicht verallgemeinert werden dürfen. Stellt man sich jedoch einmal auf den Standpunkt des Artikels des Landbundes der Provinz Sachsen und sucht den Reinertrag an Roggen je Morgen oder Zentner zu berechnen, so ist es völlig verfehlt, hierbei einen für den Gesamtertrag so wesentlichen Punkt, wie das Stroh, außer Betracht bzw. mit der kurzen Redewendung: („das Stroh findet Verwendung für eigene Wirtschaft“) in der Ertragsberechnung verschwinden zu lassen. Nach den Ermittlungen der Wissenschaft verhält sich der Körner- zum Strohertrag wie etwa 1 zu 2,44. Wenn dieses Verhältnis auch in den einzelnen Jahren nach dem Ertragsausfall selbstverständlich Schwankungen unterliegt, so wird man auch bei ungünstigerem Strohertrag das Verhältnis immer noch wie 1 zu 1,5 bis 2 annehmen dürfen, das ergibt bei der in Berechnung angenommenen Ernte von 7 Ztr. Roggen einen Strohertrag von 10,5 bis 14 Ztr., dessen Wert bei dem jetzigen Berliner Preis von etwa 20 M. für Stroh schlechterer Sorte mithin einen Ertrag aus dem Stroh von 210—280 M. darstellt. Zieht man dies in Rücksicht, so verkehrt sich ohne weiteres der errechnete Feißbetrag auf den Morgen von 190 M. in einen Gewinn von etwa 20 bis 90 M., oder für den Zentner Roggen auf etwa 3 bis 14 M. Schon damit ist die Unhaltbarkeit der Behauptung, daß der Landwirt auf jedes in Deutschland gebotene Umlagegeld 95 Pf. draufzuzahlen hat, und alle daran geknüpften Schlussfolgerungen unhaltbar geworden. Im übrigen erscheint der in dem Artikel unter 1 bezeichnete Posten: Steuerliche Belastung mit 120 M. bei weitem zu hoch angenommen. Eine zahlenmäßige Widerlegung muß schon aus Raumangel an dieser Stelle unterbleiben. Sie dürfte auch fehlen können, da die Verlustberechnung des Landbundes schon durch den Strohertrag, wie dargestellt, in das Gegenteil umschlägt.

Ferner seien nur noch zwei Behauptungen der Kundgebung beleuchtet:

Die Kundgebung beruft sich auf eine Erhebung des Statistischen Reichsamts, nach der in den beiden letzten Vorjahren für Winterroggen ein Ernteertrag von 6¼ Ztr. auf den Morgen geschätzt worden sei. Es ist an sich schon recht ansehbar, diese Schätzung einer einzelnen Fruchtart, selbst wenn sie an sich nicht zu niedrig sein sollte, für die Beurteilung der Gesamternte zugrunde zu legen und daraus Schlüsse für die finanzielle Belastung der Landwirtschaft durch die Umlage zu ziehen. Man verläßt aber vollends den Weg objektiver Beweisführung, wenn hierfür gerade diejenige Fruchtart ausgewählt wird, die im vorigen Jahre notorisch ganz besonders schlechte Erträge gebracht hat, während für die übrigen Getreidearten eine wesentlich günstigere Ernte erzielt worden ist! Im übrigen sind in den letzten Jahren alle Ernteschätzungen und Flächenerhebungen aus naheliegenden Gründen unter größter Vorsicht vor jeder Ueberschätzung vorgenommen worden. Ueberschätzungen sind weiter der Vergleich der durchschnittlichen Roggenerträge von 6¼ Ztr. mit den Durchschnittswerten wesentlich übersteigenden Unkosten der sächsischen Landwirtschaft. Die Provinz Sachsen gehört zu den Gegenden Deutschlands, die die intensivste Landwirtschaft, dementsprechend große Unkosten, aber auch die höchsten Ernteerträge haben. Will man daher ihre Produktionskosten mit den Ernteerträgen vergleichen, so darf man nicht, wie die Kundgebung des Landbundes, den durchschnittlichen Roggenertrag von 6¼ Zentner in Rechnung stellen, sondern muß die hohen Ernten der intensiver Kultur Sachsens berücksichtigen und gewinnt auch allein schon aus diesem Grunde ein für die sächsische Landwirtschaft viel günstigeres Ergebnis.

Hermes über die Brotpreiserhöhung.

Gestern vormittag fand, wie WTB. meldet, in Ludwigs-hagen eine Besprechung von Pressevertretern mit dem Reichsernährungsminister Hermes statt. Bei dieser Zusammenkunft antwortete Dr. Hermes ausführlich auf die ihm gestellten Fragen. Bezüglich der bevorstehenden Brotpreiserhöhung erklärte er, daß eine 40prozentige Preiserhöhung nicht zu umgehen sein werde. Für die nächsten Monate sei die Brotbeschaffung gesichert. Das Umlageverfahren läßt den Übergang zur freien Getreidewirtschaft. Hierbei beständen wohl gewisse Gefahren für die richtige Willeterung des Getreides, doch seien im Hinblick hierauf besondere Bestimmungen im Gesetz vorgezogen. Für Roggen und Weizen sei aller Wahrscheinlichkeit nach eine Mittelernte zu erwarten. Die Aussichten für Futtermittel und Kartoffeln seien zwar weniger günstig, doch könne er den bestehenden Pessimismus nicht teilen.

Morgen reist der Minister zur Besprechung mit der pfälzischen Kreisregierung nach Speyer. Sodann wird er in Neustadt a. d. Hardt über sein Ernährungsprogramm sprechen.

Die Gefahren des Brotwuchers.

Wir werden um Veröffentlichung folgender Kundgebung gebeten:

Der Ärztekammervorstand der Provinz Sachsen, die bekanntlich bisher am meisten von Arbeiterunruhen heimge sucht und gefährdet ist, erblickt in der nahe bevorstehenden beträchtlichen Preiserhöhung des zur Lebenserhaltung unbedingt nötigen täglichen Brotes eine ungeheuerliche Gefahr. Durch diese plötzliche Preiserhöhung werden neue, folgenschwere und weitgreifende Unruhen und Kämpfe ausgelöst, die Gemüter von neuem gewaltig erregt, die allmählich etwas abklingende Volkspolizei wieder mächtig angefaßt.

Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiterschaft geschlossen bei diesem Anlaß allen Widerständen zum Trotz neue Lohn-erhöhungen fordern muß und durchsehen wird, damit jeder weitere Preisaufbau vereitelt, vielmehr eine weitere allgemeine Preiserhöhung hervorgerufen wird, werden durch die neuen Unruhen und Kämpfe wieder ungeheure Werte und zahllose Arbeits-möglichkeiten vernichtet. Der so dem Reiche erschwerte Schaden wird, schon zahlenmäßig betrachtet, erheblich höher sein, als der bisher zur Brotverbilligung geleistete Reichszuschuß.

Die angekündigte beträchtliche Preiserhöhung des täglichen Brotes würde weiterhin zur Folge haben, daß zahllose Angehörige des unter der Zeiten Not am meisten leidenden niederen Mittelstandes noch mehr der Unterernährung mit all ihren üblen Folgen verfallen.

Der Ärztekammervorstand der Provinz Sachsen hält es daher im Hinblick auf das allgemeine Wohl und die geistige Wiedergenehung unseres kranken Volkes für geboten, das unbedingt zur Lebenserhaltung nötige tägliche Brot in bisheriger Preisgröße weiter zu verabsolgen. Für das über die jetzige Wochenmengen hinausgehende Brot kann ja entsprechender Mehrpreis gefordert werden.

Magdeburg, 30. Juli 1921.

Im Namen des Vorstandes der Ärztekammer für die Provinz Sachsen: der Vorsitzende Geheimrat Professor Dr. Hill

Militarismus in Belgien.

Einen neuen Beitrag zu dem Kapitel „Militarismus in Belgien“ liefert das Brüsseler Kommunistenblatt „Exploit“ in seiner Nummer vom 16. v. M., indem es folgendes meldet:

„Am 3. Juli d. J. wurde in Charleroi auf dem Boulevard de la Fontaine die Fahne des 2. Jägerregiments zur all-gemeinen Begrüßung ausgestellt. Ein kommunistischer Arbeiter ging ohne Gruß an ihr vorbei. Ein Offizier schlug ihm darauf den Hut vom Kopfe. Der Arbeiter begab sich auf das Polizeibureau, um Anzeige zu erstatten. Dort wurde ihm aber kurzweg erklärt, daß Beschwerden von Menschen, die der Fahne den Gruß verweigerten, nicht angenommen würden.“

Der ehrerbietige Gruß des Publikums an eine Militärfahne ist bekanntlich auch in dem französisch gewordenen Elsaß-Lothringen eingeführt worden, und wird trotz aller Gegenbestrebungen nichtmilitaristischer Elsaß-Lothringer streng gehandhabt. Immerhin handelt es sich doch immer nur um Fahnen, die im Geleite von Truppen, meist unter Fanfarenklängen, vorüberziehen. Daß aber eine Regimentsfahne nach Art eines Geflehtes zur Begrüßung aufgestellt und jeder zufällig Vorübergehende gezwungen wird, ihr durch Hutabnehmen zu huldigen, scheint eine Neuheit des jungen belgischen Militarismus zu sein. Es mag sein, daß wir in einem siegreichen Deutschland ähnliche Zustände haben würden, aber bekanntlich waren ja die Ententeländer in den Krieg gezogen, um den Militarismus auszurotten ...

Friede zwischen Faschisten und Sozialisten.

Rom, 3. August. (EP.) Die Versöhnungsverhandlungen zwischen Sozialisten und Faschisten können als glücklich abgeschlossen betrachtet werden. Heute vormittag werden die Vertreter beider Parteien dem Kammerpräsidenten das endgültige Abkommen zur Unterzeichnung unterbreiten. De Nicola hat auch die Republikaner zur Teilnahme an den Schlussverhandlungen eingeladen, doch haben diese höchst abgelehnt. Das endgültige Abkommen enthält 4 neue Bedingungen,

Der Rechtsgelehrte der „Kreuzzeitung“ schreibt: „Am 4. August dieses Jahres läuft die Sperrfrist für den Artikel 18 der Reichsverfassung ab, wonach vor Ablauf von 2 Jahren nach Inkrafttreten des Friedensvertrages eine Abstimmung über die Auflösung und Neubildung staatlicher Territorien innerhalb der bisherigen Gesezlichen nicht möglich ist.“ In Wirklichkeit läuft die Sperrfrist am 11. ab, 2 Jahre nach dem Inkrafttreten nicht des Friedensvertrages, sondern der Reichsverfassung. — Der Rechtsgelehrte der „Kreuzzeitung“ heißt Deérberg, ist Doktor der Rechte, Rechtsanwalt, Notar, Landtagsabgeordneter etc. pp.

Schwerer Gewitterschaden in Halle.

Der Rathausurm abgebrannt und zusammengeknirscht.

Halle, 3. August. (WTB.) Während eines kräftigen Gewitters, das ansehnliche Regengemengen brachte, schlug der Blitz an mehreren Stellen ein. Der Turm des Rathauses, der vom Blitz getroffen wurde, glücklicherweise in kurzer Zeit einer Feuerfäule, Obgleich die Feuerwehr sofort zur Stelle war, gelang es nicht, den Turm zu retten. Dieser stürzte bald daraufhin auf das Dach des Rathauses. Die Beschadigten nehmen ihren Fortgang. Die Feuerwehr hat das weitere Umsichgreifen des Feuers verhindert.

Das Rathaus von Halle gehört zu den altesten und wertvollsten Bauwerken Deutschlands. Es stammt aus dem 15. Jahrhundert und wurde im Jahre 1883 teilweise erneuert.

Aufklärung eines Raubmordanschlages.

Der Täter verhaftet und geständig.

Der Raubmordanschlag auf den Wächter Sünder auf dem Holzplatz in der Landwehrstraße hat jetzt seine reifliche Aufklärung gefunden, nachdem der Täter verhaftet und nach längerem Leugnen seine Bluttat eingestanden hat. Der schwerverletzte Wächter liegt noch immer ohne Besinnung.

Die Spuren, die am Tatort von dem Polizeispürhund „Schüh“ aufgefunden wurden, führten zu der Wohnung eines Fräulein Tomms in der Landwehrstraße. Diese wurde zur weiteren Aufklärung des Verbrechens nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Ermittlungen ergaben nun, daß Fräulein Tomms am Sonntag bei dem Wächter auf dem Holzplatz gewesen ist und ihm Essen gebracht hatte. Nach einiger Zeit erschien dann ein Mann, während sie sich noch bei dem Wächter aufhielt, auf dem Holzplatz, und Sünder unterhielt sich mit diesem, der ein Bekannter von ihm war. Im Laufe des Gesprächs hörte sie nun, wie Sünder den Mann fragte, ob er wieder einmal bei einer ihm bekannten Frau gewesen sei. Den Namen hatte Fräulein Tomms nicht verstanden. Auf diese Ausfrage hin wurde nun weiter nachgeforscht, wer früher bei der Holzhandlung tätig gewesen und mit Sünder enger befreundet war. Die Ermittlungen ergaben nun, daß ein Arbeiter Karl Schödel, ein Mann von 31 Jahren, der in der Großbeerstraße wohnt, als mutmaßlicher Täter in Frage kam. Die Beamten begaben sich nach der Wohnung, fanden aber Schödel nicht zu Hause. Seine Braut, mit der er zusammen wohnt, sagte aus, daß er seit drei Tagen nicht zu Hause gewesen sei. Jetzt wurde die Wohnung und das Haus bewacht und schließlich gelang es heute den Beamten, ihn beim Betreten seiner Wohnung festzunehmen. Auf dem Polizeipräsidium bestritt er zunächst die ihm zur Last gelegte Bluttat. Nach langem Leugnen sagte er aber dann endlich ein Geständnis ab.

Wirtschaft

Die Brotpreise.

Durch die Presse läuft eine vom Landbund der Provinz Sachsen ausgegangene Kundgebung, die auf Grund von Berechnungen zu der Behauptung gelangt, daß der Landwirt auf jedes in Deutschland gebotene Umlagegeld 95 Proz. draufzahlen müsse, und im Anschluß daran von der Regierung verlangt, daß sie der gegen die landwirtschaftliche Bevölkerung gerichteten Hege über Brotwucher entgegenzutreten solle. Zu dieser Kundgebung wird uns von unterrichteter Seite folgendes geschrieben:

Die Schlussfolgerung der Kundgebung, daß der Landwirt auf jedes in Deutschland gebotene Umlagegeld 95 Pf. draufzuzahlen habe, wird schon durch die Methode widerlegt, nach der die Preise für das Umlagegetreide festgelegt worden sind. Der Festsetzung liegen die von der Indergkommission geprüften Berechnungen der Produktionskosten zugrunde. Den Ausgangspunkt bilden die feinerzeit für den 1. Januar 1920 auf Grund der damaligen Produktionskosten mit Einschluß eines angemessenen Unternehmergewinns berechneten Getreidepreise in Höhe von 1000 M. für die Tonne Roggen. Um die für das Umlagegetreide der Ernte 1921 angemessenen Preise zu ermitteln, sind zu den einzelnen Positionen der damaligen Kalkulation Zuschläge hinzugerechnet worden, die der inzwischen eingetretenen Steigerung der Unkosten entsprechen. Aus der Art ihrer Ermittlung ergibt sich, daß die Indergkommission, in der die Landwirtschaft entsprechend vertreten ist, in diesen Preisen selbst einen vollständigen Ausgleich der durchschnittlichen Produktionskostensteigerung erblickt.

